

Die vierte industrielle Revolution – Fluch oder Segen?

Die weltweite Vernetzung von Computern und Rechenzentren hat unsere Welt in nur zwei Jahrzehnten revolutioniert. Ein Leben ohne das Internet ist in den Industrienationen heute kaum noch vorstellbar. Die Menschen kaufen im Internet, vernetzen sich zunehmend über die sozialen Medien und nutzen die neuen Möglichkeiten auch in der Arbeitswelt. Das hat natürlich sowohl Vor- als auch Nachteile.

Viele Arbeitsprozesse können heute in „weltweiter“ Echtzeit ablaufen. Waren und Dienstleistungen sowie die dazugehörigen Finanzströme wandern in Sekundenschnelle um den Erdball. Die Menschen genießen die neuen Möglichkeiten des Konsums und der Freizeitgestaltung.

Ständiger Zeitdruck durch ständige Erreichbarkeit

Gleichzeitig sinkt aber bei vielen die Bereitschaft, zum Einkaufen noch vor die Tür zu gehen oder seine Freunde „außerhalb von Facebook“ zu treffen. Menschliche Begegnungen werden weniger und die Abhängigkeit von „digitalen Gerätschaften“ wie Smartphone und Tablet-PCs führt zu einem tatsächlichen oder zumindest gefühlten ständigen Zeitdruck: schnell nochmal die Mails checken, twittern oder sonst was.

Diese digitale Revolution der Gesellschaft gehört zu den Tatsachen des Lebens ebenso wie das Fernsehen. Was aber passiert, wenn diese Revolution nun immer stärker die Arbeitswelt erfasst und die digitale Vernetzung in den industriellen Produktionsprozessen zunehmend vorschreitet? Wird dann überhaupt noch menschliche Arbeitskraft für Wertschöpfungsprozesse benötigt? Fallen Millionen Arbeitsplätze weg, weil alle Arbeit einfach von perfekt vernetzten Maschinen erledigt wird?

Man fühlt sich schnell an den Bestseller-Film „Matrix“ erinnert,

in dem intelligente Maschinen die ganze Menschheit versklaven. Mit Blick auf die seinerzeitige „Rationalisierungsdebatte“ der späten 70er und frühen 80er Jahre, als einfache Arbeit zunehmend durch Roboter und Maschinen statt durch Arbeiter erledigt wurde, kann man zumindest die gewerkschaftlichen Bedenken und Mahnungen zu der anstehenden Entwicklung im Bereich Industrie 4.0 verstehen.



Matthias Ilgen, Quelle: Thomas Imo / photothek.net

Aktive Gestaltung der digitalen Revolution nötig

Welche Handlungsspielräume bleiben also der Politik? Wichtig ist auf jeden Fall, dass sie aktiv gestaltet werden, statt nur zuzusehen, wie sich die Dinge im Internetzeitalter entwickeln. Klar ist, dass die Menschen und Unternehmen in Deutschland schnelles Internet benötigen, um von der Digitalisierung nicht abgeschnitten zu werden und auch international wettbewerbsfähig zu bleiben. Dies gilt insbesondere für die strukturschwächeren Bundesländer mit ihren ländlichen Räumen wie Schleswig-Holstein.

Bürgernahe Politik durch Vernetzung

Durch eine bessere Vernetzung von Behörden kann die Politik für mehr Effektivität in den öffentlichen Verwaltungen sorgen und so noch bürgernäher agieren.

Politik sollte auch darauf achten, dass unsere Kinder und Jugendlichen einen vernünftigen Umgang mit dem Internet lernen und vor jugendgefährdenden Inhalten besser geschützt werden. Neben der Erziehung bezüglich des Umgangs mit eigenen Daten wird die Politik aber auch mit Gesetzgebungsmaßnahmen die Privatsphäre der Menschen im Internet besser schützen müssen.

Auch Unternehmen sollen nicht einfach alles mit Daten machen dürfen, was technisch möglich ist. Profitinteressen dürfen nicht über den Persönlichkeitsschutz gestellt werden.

Die SPD sollte eine gesellschaftliche Debatte über die „Zukunft der Arbeit“ führen. Wie wollen wir im 21. Jahrhundert leben und arbeiten? Wie sehen unsere Arbeitsplätze aus? Welche Aufgaben werden von Maschinen gelöst? Welche neuen Beschäftigungsmöglichkeiten entstehen? Hier gibt es viel zu diskutieren und zu gestalten. Wir würden uns freuen, wenn auch Ihr mitmacht!

Mit herzlichen Grüßen

Berichterstatte für die „Digitale Agenda“ in der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Energie der SPD-Bundestagsfraktion

Inhalt dieser Ausgabe

- Die Bundeswehr (S. 2)
- Terminankündigungen (S. 2, 6 und 8)
- Chance für den Klimaschutz (S. 3)
- Flüchtlingen eine Unterkunft bieten (S. 3)
- Das Problem mit der Prostitution - Zwischen Verbot und Selbstbestimmungsrecht (S. 4)
- Ausbau der Kindertagesbetreuung geht weiter (S. 4)
- Alternative Zweibrückenlösung am Sund (S. 5)
- 23. Ostsee-Parlamentarierkonferenz (S. 6)
- Garantie für ein besseres BAföG (S. 7)
- Kooperationsverbot wird teilweise abgeschafft (S. 7)
- Wie steht es um das Völkerrecht? (S. 8)
- Weg vom Tellerwäscher-Image! Fachkräfte in der Tourismusbranche (S. 9)
- Terminrückschau (S. 10-12)
- Impressum (S. 12)

Weiterführende Informationen zur Digitalen Gesellschaft und den Veränderungen durch das Internet finden sich unter:

<http://digitalleben.spd.de/>



Die Bundeswehr: Zu teuer – zu spät – kaputt? Die Probleme sind bekannt – nun müssen sie auch gelöst werden

Von Dr. Hans-Peter Bartels

In den letzten Wochen gab es immer wieder Nachrichten aus der Bundeswehr, die nahelegen, dass Deutschland in Zeiten weltweit zunehmender Krisen und Konflikte eigentlich nicht in der Lage ist, seinen Bündnis-Verpflichtungen nachzukommen bzw. – im schlimmsten Fall – die Landesverteidigung überhaupt sicherzustellen.

Während die kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ukraine und der islamistische Terrorismus im Irak und in Syrien bei vielen zu dem überraschten Bewusstsein führen, dass Stabilität und Sicherheit in Europa keine Selbstverständlichkeiten sind, sorgen auf der anderen Seite ernüchternde Zahlen über die materielle Einsatzfähigkeit der Bundeswehr und über Probleme bei der Beschaffung neuer Ausrüstung für Erstaunen. Dazu kommen Meldungen, dass die Truppe mit den aktuell laufenden Einsätzen an ihre personelle Belastungsgrenze stoße.

Drei dringende Aufgaben für die Verteidigungsministerin

Tatsächlich wurden durch die jüngsten Berichte die drei wichtigsten Aufgabenfelder markiert, denen sich Verteidigungsministerin von der Leyen nun – nach knapp einem Jahr im Amt – stellen muss: Materialerhalt, Beschaffung, Attraktivität.

Einige der Zahlen, z.B. die großen Ausfälle beim Materialerhalt, haben auch manche Mitglieder im Verteidigungsausschuss überrascht.

Andere Meldungen, etwa über die angebliche Unmöglichkeit, deutsche Soldaten in neue Einsätze zu entsenden, sind hingegen weniger überzeugend: Die Zahl der Soldatinnen und Soldaten in Auslandseinsätzen wird in diesem Jahr wahrscheinlich unter die Marke von 3.000 sinken.

Zu Höchstzeiten waren es mehr als 10.000. Der öffentliche Eindruck, es gäbe immer mehr Belastung durch Auslandseinsätze, ist insofern irreführend.

Engpässe beim Personal müssen gelöst werden

Die Bundeswehr ist quantitativ nicht überfordert. Aber es gibt Engpässe in einzelnen Bereichen, etwa bei der Marine, den Transportfliegern und der Flugabwehr. Dieses Personalproblem muss gelöst werden.

Anreize für den Dienst bei der Bundeswehr gesetzlich schaffen

Nach der Aussetzung der Wehrpflicht muss es besser gelingen, junge Menschen für einen Dienst bei der Bundeswehr zu motivieren. Entsprechende Anreize sind nötig. Die Koalition hat jetzt einen ersten Entwurf für ein „Gesetz zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr“ vorgelegt. 2015 soll es in Kraft treten. Zumindest die Einsatzfähigkeit bei den jetzt laufenden Einsätzen steht nicht in Frage – insoweit Entwarnung!



Dr. Hans-Peter Bartels

Aber es ist schon blamabel, wenn von dem Gerät, was teuer gekauft worden ist, große Teile nicht zur Verfügung stehen, weil sie auf ihre Instandsetzung warten.

Viele der Probleme beim Materialerhalt gehen auf Fehlentscheidungen früherer Verteidigungsminister zurück: In der Vergangenheit wurde oft so getan, als ob nach dem Ende des Kalten Krieges Fragen des Klarstandes [Anm. der Redaktion: Der Klarstand gibt Auskunft über den Zustand und die Einsatzfähigkeit von techni-

schen Geräten und Fahrzeugen] eigentlich gar kein Problem mehr seien, sondern man an der Spar-schraube drehen kann wie man möchte.

Ex-Verteidigungsminister zu Guttenberg hat damals erhebliche Beiträge dazu geleistet, dass keine Ersatzteile mehr gekauft wurden aber auch die Maizière, mit seiner Entscheidung die Materialausstattung in den Verbänden von 100 Prozent auf 70 bis 80 Prozent zu senken. Die SPD hat das damals aus der Opposition heraus heftig kritisiert – genützt hat es nichts. Ursula von der Leyen hat jetzt die Chance und die Aufgabe, diese Fehler zu korrigieren.

Verteuerungen und Verzögerungen waren bekannt

Was die massiven Verzögerungen und Verteuerungen bei den großen Rüstungsprojekten angeht: Es war bekannt, dass manche Projekte schlecht laufen, es enorme Verzögerungen und auch Mängel gibt. Hier haben sich bereits verschiedene Verteidigungsminister abgemüht, und auch dem Parlament berichtet.

Dass das Beschaffungswesen im Ministerium in den letzten Jahren immer wieder umorganisiert wurde, war da sicher wenig hilfreich: neue Schnittstellen, neue Dienstposten, neue Ansprechpartner, Vakanzen an der Spitze des Beschaffungswesen und unklare Verantwortlichkeiten.

Auf der anderen Seite hochkomplexe Projekte, unterlegt mit zum Teil mehreren tausend Verträgen, multinational, sowohl beim Auftraggeber (mehrere Nationen) wie auch beim Auftragnehmer (mehrere Firmen).

Etablierung von transparenten Strukturen erforderlich

Ob es der neuen Rüstungsstaatssekretärin gelingen wird, hier Verbesserungen zu erwirken und transparentere Strukturen zu etablieren wird sich nun zeigen. Die Koalitionsmehrheit im Verteidigungsausschuss jedenfalls wird sie und die Ministerin dabei unterstützen.

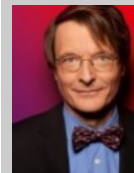
Termine:

9. Dezember 2014, 18 Uhr,
Legienhof, Legienstr. 22,
24103 Kiel:

„Fraktion vor Ort“ zum Thema
Sterbehilfe

Der schleswig-holsteinische SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Hans-Peter Bartels lädt gemeinsam mit seinem Bundestagskollegen Prof. Dr. Dr. Karl Lauterbach zur Diskussion über das Thema Sterbehilfe ein. Alle Interessierten sind herzlich willkommen!

Weiterführende Informationen sowie die Möglichkeit zur Anmeldung bis zum **3.12.2014** gibt es bei Immo Degner, Telefon: 0431/53641137 oder per E-Mail unter degner@hans-peter-bartels.de.



Prof. Dr. Dr.
Karl Lauterbach

9. Dezember 2014, 19 Uhr,
Galerie 66, Kieler Str. 78, 24340
Eckernförde:

„Fraktion vor Ort“: Neustart der
Energiewende

Die beiden schleswig-holsteinischen SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Nina Scheer und Sönke Rix laden zur Diskussionsveranstaltung über die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetz nach Eckernförde ein.

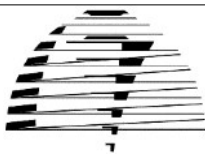
Alle Interessierten sind herzlich willkommen! Um Anmeldung wird bis zum **3.12.2014** unter soenke.rix@wk.bundestag.de oder per Telefon 04331/8685-765 gebeten.



Dr. Nina Scheer



Sönke Rix



Chance für den Klimaschutz: LNG – Flüssigerdgas für die Schifffahrt

Von Dr. Birgit Malecha-Nissen

Auf der einen Seite ist kein anderes Verkehrsmittel für den Gütertransport so effizient und klimaschonend wie der Schiffsverkehr. Rund 10 Cent kostet beispielsweise der Transport eines iPads auf dem über 20.000 km langen Seeweg von Shanghai nach Hamburg. Seeschifftransporte sind umwelt- und klimafreundlich, weil eine große Gütermenge über große Distanzen transportiert werden kann. 90 Prozent des internationalen Warenaustausches erfolgt über den Seeweg. Gerade deshalb liegt hier die Chance einen großen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Es ist gut, dass wir im Koalitionsvertrag festgeschrieben haben, die Einführung von verflüssigtem Erdgas voranzutreiben. Wir setzen damit ein klares Signal im Zeichen der Energiewende.

Flüssigerdgas ist klimafreundlich

Denn der als LNG (Englisch: Liquefied Natural Gas) bekannte Brennstoff führt zu einer deutlichen Reduktion von Emissionen wie Schwefel- und Stickoxiden, Kohlendioxid sowie Feinstaub im Schiffsverkehr. Durch Flüssigerdgas können die Emissionen sowohl in den Häfen deutlich gesenkt als auch die verschärften EU-Abgasregeln eingehalten werden.



Dr. Birgit Malecha-Nissen mit Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein, beim Startschuss für den A7-Ausbau

Der zulässige Schwefelgehalt von Schiffstreibstoffen in sensiblen Ökosystemen wie der Nord- und Ostsee wurde in den letzten Jahren in zwei Stufen reduziert: Von einst 1,5 Prozent gilt momentan ein Grenzwert von ein Prozent. Ab 1. Januar 2015 beträgt die Höchstgrenze schließlich 0,1 Prozent. In allen anderen Meeresgebieten wird ab 2020 das Limit von aktuell 4,5 Prozent auf 0,5 Prozent gesenkt.

Situation in deutschen Seehäfen

Die Nachfrage nach LNG steigt. Laut Statistik wachsen die Flüssigerdgas-Einfuhren in Deutschland bis 2020 auf über 13 Prozent an. Die Motoren- und Tanktechnik ist bereits verfügbar. Bislang gibt es bei uns jedoch noch keinen Terminal zum Import von Flüssigerdgas.

Die Versorgung kann über die Importterminals in Holland, Belgien und Norwegen und zukünftig auch Swinemünde, Polen erfolgen. Es ist jedoch höchste Zeit, auch bei uns Standorte auszubauen. Vor allem die geplante Bunkerstation in Brunsbüttel wäre aufgrund der günstigen Lage am Nord-Ostsee-Kanal ein hervorragender Standort.

Ausblick: Einladung zum AG-Fachgespräch

Aufgrund der Aktualität des Themas plane ich im Rahmen der SPD-Arbeitsgruppe Verkehr und digitale Infrastruktur eine Veranstaltung mit dem Ziel, folgende Frage zu beantworten: Was können wir tun, um den Einsatz von Flüssigerdgas in der Schifffahrt voranzubringen?

+++Aktuelles aus der EU+++

Das Europäische Parlament und der Rat haben die Richtlinie über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe erlassen. Nach der EU-Richtlinie sollen bis Ende 2025 Häfen im Transeuropäischen Verkehrsnetz mit einer angemessenen Zahl von Anlagen zur Versorgung von Schiffen mit Landstrom ausgestattet sein. LNG-Infrastrukturen sollen dann vorhanden sein, wenn eine entsprechende Nachfrage besteht und Kosteneffizienz gegeben ist.

Flüchtlingen eine Unterkunft bieten – auch der Bund ist in der Verantwortung

Von Dr. Birgit Malecha-Nissen

Die angespannte weltpolitische Lage stellt Deutschland vor eine große Herausforderung. Immer mehr Menschen suchen auch in Schleswig-Holstein Schutz und Sicherheit vor Verfolgung und benötigen eine Unterkunft. Das stellt die zentrale Erstaufnahme-einrichtung des Landes Schleswig-Holstein in Neumünster vor eine große Herausforderung.

Die 400 Plätze der Einrichtung sind komplett belegt, derzeit sind rund 500 Personen untergebracht. Allein im September wurden rund 860 Flüchtlinge aufgenommen und bereits nach zwei bis drei Wochen an weitere Einrichtungen in Schleswig-Holstein verteilt. Sechs Wochen wären allein in der Erstaufnahmestelle des Landes in Neumünster nötig, um das Erstaufnahmeverfahren ordnungsgemäß ablaufen zu lassen. Ebenso bringt es die Kreise und kreisfreien Städte in Zugzwang, nach der Erstaufnahme genügend Unterkünfte zu stellen.

Wir brauchen schnelle und unbürokratische Lösungen

Die Menschen, die aus größter Not und Todesangst zu uns kommen, brauchen schnelle, praktische und unbürokratische Hilfe. Der Bund und das Land sind nun gefragt, auf die wachsende Zahl an Flüchtlingen zu reagieren und die Kommunen gezielt zu unterstützen. Es müssen Verfahren auf den Weg gebracht werden, wie die Unterbringung und Versorgung vor Ort sichergestellt werden kann. Die Zusage des Bundes, Schleswig-Holstein einen Teil der Bundeswehrkaserne in Boostedt (Kreis Segeberg) als zusätzliche Landesunterkunft zu überlassen, ist eine erste Antwort.

Der Bund wird die Kommunen und überörtlichen Träger entlasten. Es soll ab dem Jahr 2015 zu Minderungen der Ausgaben der Länder und Kommunen von 31 Millionen Euro, ab 2016 von 43 Millionen Euro führen. Über die Hamburger Bundesratsinitiative, den Belangen von Flüchtlingen im Bauplanungsrecht einen größeren Stellenwert einzuräumen, bekommen die Kommunen zusätzli-

che Instrumente, um kurzfristig Flüchtlingsunterkünfte auch auf unbebauten Grundstücken und in Gewerbegebieten zu schaffen. Weiterhin gilt es zu prüfen, ob und zu welchen Konditionen weitere Liegenschaften unter Bundesverwaltung genutzt werden können.

Mit dem Gesetz zur „[...] Erleichterung des Arbeitsmarktzugangs für Asylbewerber und geduldete Ausländer“ haben wir als Koalition deutliche Verbesserungen beim Zugang zum Arbeitsmarkt erreicht. Die Wartefrist, nach der die Ausübung einer Beschäftigung grundsätzlich erlaubt werden kann, wird auf drei Monate verkürzt. Zuvor waren es für Asylbewerber neun, für Geduldete zwölf Monate. Mit der Abschaffung der Residenzpflicht dürfen sich Asylbewerber und Geduldete ab dem vierten Monat künftig im gesamten Bundesgebiet frei bewegen.



Dr. Birgit Malecha-Nissen im Gespräch mit Staatsministerin Aydan Özoğuz, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, bei ihrer „Fraktion vor Ort“-Veranstaltung zum Thema „Willkommenskultur mit Leben füllen“ in Neumünster

Willkommen heißen und Bedenken ernst nehmen

Wir erleben gegenwärtig eine große Gastfreundschaft und Bereitschaft den Flüchtlingen zu helfen. Sei es mit ganz praktischen Unterstützungsleistungen, wie beispielsweise beim Ausfüllen von Anträgen oder mit ehrenamtlichem Sprachunterricht. Wir erleben aber auch Befürchtungen und Ängste gegenüber den Asylsuchenden. Dieses müssen wir ernst nehmen und offen über die Probleme sprechen und Unterstützung anbieten.



Das Problem mit der Prostitution: Zwischen Verbot und Selbstbestimmungsrecht

Von Sönke Rix

Warum prostituieren sich Frauen und Männer? Tun sie das freiwillig? Gibt es überhaupt freiwillige Prostitution? Und schließlich: Wäre die Welt nicht besser, würde man das Geschäft mit der Prostitution verbieten?

Die Debatte um eine Reform des Prostitutionsgesetzes spaltet derzeit das Land wie nur selten ein Thema. Und das nicht nur zwischen den politischen Lagern von links bis rechts, sondern auch innerhalb der Parteigrenzen. Es spaltet die Kirchen. Die Frauen. Die Männer. Da scheiden sich die Geister plötzlich dort, wo man sich bislang immer eines gemeinsamen Wertegerüsts sicher sein konnte. Die einen wollen die Prostitution verbieten lassen, weil sie der Auffassung sind, keine Frau und kein Mann prostituieren sich freiwillig.

An die Spitze dieser Bewegung stellt sich etwa Alice Schwarzer, die im Herbst vergangenen Jahres mit prominenter Unterstützung einen Appell gegen Prostitution startete. Wiederum andere halten ein Verbot für kontraproduktiv und wollen SexarbeiterInnen stattdessen schützen.

Selbstbestimmungsrecht der Sexarbeiterinnen und -arbeiter entscheidend

Die Einordnung, ob Prostitution den betroffenen Frauen und Männern

sowie einer Gesellschaft insgesamt schadet, muss jeder Mensch für sich beantworten. Weil es auch eine moralische Entscheidung ist und weil es hier kein eindeutiges Richtig und Falsch gibt. Doch wenn Menschen in dieser Frage zu einem ganz persönlichen Urteil kommen können, müssen das vor allem auch die Prostituierten selbst dürfen.

Akzeptanz von Andersdenkenden

Wir sollten akzeptieren, dass es Menschen gibt, die sich für diese Arbeit entschieden haben – auch dann, wenn wir das nicht nachvollziehen können und vielleicht auch aus Prinzip nicht nachvollziehen wollen. Ganz sicher heißt das nicht, dass niemand zur Prostitution gezwungen wird.

Wenn wir aber die Prostitution verbieten, unterstellen wir allen Frauen und Männern, die Sex für Geld anbieten, sie hätten diese Tätigkeit nicht selbst gewählt. Das wiederum konterkariert die Forderung nach einem Selbstbestimmungsrecht für alle.

Verbot führt nur zur Problemverlagerung

Noch viel schwerer aber wiegt: Mit einem Verbot schaffen wir den käuflichen Sex nicht ab, sondern verschlechtern nur die Arbeitsbedingungen der Prostituierten. Das zeigt auch das Beispiel Schwe-



(v.l.n.r.): Johanna Wöran, Sönke Rix, Helmut Wanner, Monika Nürnberger, Marcel Galiovsky, Nathalie Sopacua, Esther Liedtke, Mechthild Rawert, Ulrike Bahr

den, wo Freier seit 1999 bestraft werden. Ein Großteil der Sexarbeit hat sich verlagert, hauptsächlich ins Internet oder in private Wohnungen. Damit wird es für die Ermittlungsbehörden immer schwieriger, das Gewerbe zu erfassen und zu kontrollieren. Und es wird schwieriger, die Frauen und Männer zu erreichen, die besonders auf Hilfe angewiesen sind.

Prostitution verschwindet nicht durch ein Verbot. Dass das so ist, belegt die Recherche eines schwedischen Fernsehsenders im vergangenen Jahr. Danach wurde allein in der Hauptstadt Stockholm jedes Jahr 250.000 Mal für Sex bezahlt.

Keine Verharmlosung von Prostitution und Menschenhandel

Doch wieder zurück nach Deutschland. Bei der Weiterentwicklung des Prostitutionsrechts geht es nicht darum, Prostitution zu verharmlosen, auch nicht um Klientelpolitik für die Sexarbeitsbranche und schon gar nicht um das Kleinreden von Zwangsprostitution und Menschenhandel.

Hilfsangebote zum Schutz vor Gewalt und Ausbeutung

Es geht darum, die Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter vor Gewalt und vor Ausbeutung zu schützen. Und es geht darum, ihnen ein Leben in Würde und Selbstbestimmung zu ermöglichen. Ein Verbot, so viel steht fest, würde die Bedingungen für sie nur verschlechtern. Denn auch das ist klar: Erst die Illegalität ist der Nährboden für kriminelle Energie.

Versprochen – gehalten: Ausbau der Kindertagesbetreuung geht weiter!

Von Bettina Hagedorn

Am 26. September wurde im Bundestag unser Gesetz zum Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen debattiert, welches auf das Engagement der SPD in den Koalitionsverhandlungen zurückgeht. Denn eines ist klar: Die wichtigste Ressource in unserem Land sind unsere Kinder! Bildung findet nicht nur an Universitäten und in Schulen statt, sondern fängt schon in der Krippe und der Kita an.

Die Große Koalition wird die Länder und Kommunen dabei auch über 2014 hinaus massiv unterstützen: Ab 2015 stellen wir den Kommunen 550 Mio. Euro zusätzlich über das Sondervermögen „Kinderbetreuungs-ausbau“ zur Verfügung. Für die Entlastung bei den Betriebskosten erhalten die Länder 2017 und 2018 noch einmal je 100 Mio. Euro zur Weiterleitung an die Kommunen. Für Schleswig-Holstein bedeutet das: mehr als 18,2 Mio. Euro mehr für den Krippenausbau!

Rückblick: Kita-Ausbau ist SPD-Erfolg

Das Engagement des Bundes beim Kita-Ausbau der letzten zehn Jahre war ein Kraftakt mit sozialdemokratischer Handschrift. Seit 2004 haben wir auf SPD-Initiative mit dem Tagesbetreuungs-ausbau-gesetz, dem Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“, dem Sondervermögen „Kinderbetreuungs-ausbau“ und dem Investitionsprogramm „Kinderförderung“, das wir Schwarz-Gelb mit unserer Bundesratsmehrheit abgerungen hatten, aus 60.000 Krippenplätzen bundesweit ca. 780.000 Plätze gemacht.

Ab 2015 folgen 30.000 weitere Plätze. Um Kommunen und Länder

mit dieser Aufgabe nicht allein zu lassen, hat sich der Bund seitdem nicht nur mit knapp acht Milliarden Euro beteiligt, sondern

auch eine dauerhafte Beteiligung an den Betriebskosten der Krippen in Höhe von 845 Mio. Euro jährlich übernommen. Das zeigt: Frühkindliche Bildung gehört zu den obersten Prioritäten sozialdemokratischer Politik!





Alternative zur Zweibrückenlösung: Sundtunnel und alte Brücke erhalten!

Von Bettina Hagedorn

Am 3. September erhielt das Berliner Verkehrsministerium ein – noch immer unveröffentlichtes – Gutachten der Deutschen Bahn zu möglichen Ersatz- und Ertüchtigungsvarianten für die Fehmarnsundbrücke und deren CDU-Staatssekretär Enak Ferlemann verkündete sofort pressewirksam die nun ermittelte Lieblingsvariante des Dobrindt-Ministeriums: nämlich zwei neue Brücken als Ersatz für die Sundbrücke.

Mit dieser quasi als alternativlos dargestellten Festlegung streute das CSU-geführte Verkehrsministerium den Menschen in Ostholstein einmal mehr Sand in die Augen. Denn in Wahrheit bleiben nach dem Fazit des Bahn-Gutachtens von den sechs geprüften Varianten noch vier gleichberechtigt im Rennen, darunter auch der Absenk- und der Bohrtunnel, die allerdings – oh Wunder! – deutlich teurer sind als die Zweibrücken-Variante.

Ferlemann drückte sich auch öffentlich um die Aussage herum, dass laut Gutachten 2015 über den Abriss der bestehenden Sundbrücke entschieden werden soll – nach Baufertigstellung. Denn ohne Bundesstraßenverkehr könnte sie nur erhalten werden, wenn Kreis und/oder Land die Folgekosten übernehmen. Für unseren Norden kaum zu leisten!

Ministerium verspielt wertvolle Zeit. Ferlemann führte als Argument für die Zwei-Brücken-Variante an, dass die Bauzeit für einen Tunnel angeblich zwei Jahre länger wäre und diese Zeit nicht zur Verfügung stünde. Dabei hatte das Verkehrsministerium das Bahngutachten erst im September 2013 beauftragt – ein volles Jahr später, als es möglich gewesen wäre (die Tragfähigkeitsuntersuchung der Bahn liegt bereits seit 2012 vor).

Also: Wieder einmal sollen die Menschen auf Fehmarn und in Ostholstein den Schlendrian im Bundesverkehrsministerium ausbaden.

SPD informiert vor Ort

Dem Versuch des Ministeriums Tatsachen zu schaffen, bin ich zuvorgekommen und habe öffentlich über das tatsächliche Ergebnis des Gutachtens aufgeklärt: Es bleiben vier Ersatz- und Ergänzungsvarianten im Rennen – darunter ganz klar auch eine Tunnellösung.

Auch unser schleswig-holsteinischer Verkehrsminister Reinhard Meyer nahm das Verwirrspiel zum Anlass, um sich am 15. September gemeinsam mit Lars Winter und mir sowie den Bürgermeistern von Fehmarn und Großenbrode und dem Landrat vor Ort über die Lage zu informieren.

Beim Ortstermin in Struckkamp am Fuße der Sundbrücke konnten wir jedes Mal unser eigenes Wort nicht verstehen, wenn ein Personenzug über die Brücke fuhr. Fakt ist: Lärmschutz zu gewährleisten ist auf einer Brücke mit ringsum flachem Land völlig unmöglich – bis zu 78 Güterzüge täglich würden den Norden Ostholsteins im Lärm ersticken! Nur ein Tunnel schluckt den Bahnlärm und erhält den Anwohnern und der Tourismusregion jedenfalls weitestgehend ihre Ruhe.



Vor der denkmalgeschützten Fehmarnsundbrücke mit dem schleswig-holsteinischen Verkehrsminister Reinhard Meyer (Mitte) und dem SPD-Kreisvorsitzenden für Ostholstein und finanzpolitischen Sprecher der Landtagsfraktion Lars Winter

SPD-Landesparteitag für Tunnel

Der SPD-Landesparteitag am 27. September in Lübeck hat fast einstimmig den Antrag der SPD Ostholstein „Kein Dreibrückenprojekt am Fehmarnsund – Tunnel wird gefordert!“ unterstützt und sich eindeutig

pro Tunnel positioniert. Unsere Landtags- und Bundestagsfraktion sind aufgefordert, sich für eine Tunnelösung, einschließlich eines Bohrtunnels, am Fehmarnsund einzusetzen.

Sundbrücke soll erhalten bleiben

Die Fehmarnsundbrücke soll als Wahrzeichen erhalten bleiben und als Bundesstraße mindestens für den landwirtschaftlichen Verkehr dienen – wir plädieren dafür, nicht vier, sondern nur zwei Straßenspurten durch einen Tunnel zu führen, den Straßenverkehr also zu teilen. Dann muss der Bund nicht nur die bestehende Brücke unterhalten – durch den geringeren Tunnelquerschnitt wird auch das Natura-2000-Gebiet geschont.

Fertigstellung der Hinterlandanbindung erneut nach hinten verschoben!

In einem Bericht an den Rechnungsprüfungsausschuss des Bundestages vom 16. April 2012 ging das Bundesverkehrsministerium noch davon aus, dass der Raumordnungsbeschluss für die Schienenhinterlandanbindung im ersten Quartal 2013 gefasst würde.

Tatsächlich geschah das – angesichts von über 8.000 Einwendungen von Kommunen, Verbänden und Anwohnern, die rechtssicher abgearbeitet werden mussten – erst ein Jahr später, am 6. Mai 2014.

2012 prognostizierte das Bundesverkehrsministerium demzufolge noch einen abschließenden Planfeststellungsbeschluss ab 2016. Nun musste die Deutsche Bahn einräumen, dass erst 2015 die Vorbereitung der Planfeststellungsunterlagen beginnt, für die drei Jahre veranschlagt sind.

Verzögerung um mindestens 2 bis 3 Jahre

Vor 2018/2019 ist also mit dem letzten Planfeststellungsbeschluss der sieben Teiltrassen nicht zu rechnen. Und erst dann beginnt die Klagefrist für Verbände, Kommunen und Anwohner – auch wenn ein Zeitraum für bauaufschiebende

Klagen in allen Zeitplänen von Verkehrsministerium und Bahn wohlweislich fehlt.

Dabei gab es in den letzten Jahrzehnten kaum ein Verkehrsgroßprojekt in Deutschland, das nicht von Gerichtsverfahren über Jahre aufgehalten worden wäre. Und das dürfte bei der Beltquerung samt Hinterlandanbindung – dem größten Verkehrsinfrastrukturprojekt Nordeuropas – mit Sicherheit nicht anders sein. Die 8.000 Einwendungen zum Raumordnungsverfahren sind ein klares Indiz.



Bettina Hagedorn

Schon heute wissen wir, dass der im April 2012 vom Verkehrsministerium veröffentlichte Zeitplan mit der Inbetriebnahme der Hinterlandanbindung am 31.12.2021 völlig unrealistisch ist. Ich persönlich gehe – wenn überhaupt – von frühestens 2026 aus.

Als zuständige Berichterstatlerin für das Verkehrsministerium im Haushaltsausschuss habe ich Bahnchef Grube einen Brief mit detaillierten Fragestellungen geschrieben. Als Rechnungsprüfungsausschussvorsitzende erwarte ich Ende Januar 2015 einen aussagekräftigen Bericht des Verkehrsministeriums zu den neuen Zeiträumen und aktualisierten Kosten.

Fazit: Ausreichend Zeit für Tunnelbau!

Die Zeitverzögerungen bei der Hinterlandanbindung entziehen den Argumenten des Bundesverkehrsministeriums gegen eine Tunnelösung jede Grundlage. Die angeblich längere Bauzeit eines Tunnels ist beim jetzt bekannten Zeitverzug der Hinterlandanbindung mit 55 km Neubautrasse kaum das zeitliche Nadelöhr für die Inbetriebnahme der Strecke.



23. Ostsee-Parlamentarierkonferenz: Unterstützung für das Ostseejugendsekretariat in Kiel gefordert

Von Franz Thönnies

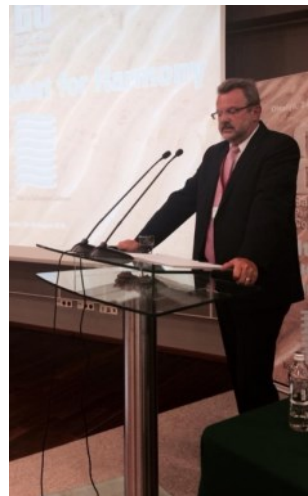
„Die Regierungen der Ostsee-Anrainerstaaten sind aufgefordert, das Ostseejugendsekretariat in Kiel und dessen Aktivitäten sowie ein Ostseejugendforum zu etablieren und zu unterstützen, um eine dauerhafte Institution für den Austausch zwischen Jugendlichen in der Ostseeregion zu schaffen und zu erhalten.“ So lautet eine der Forderungen, die die fast 100 Parlamentarier aus den 19 nationalen und regionalen Parlamenten rund um die Ostsee gestern zum Ende ihrer diesjährigen Tagung in Olsztyn in Polen beschlossen

ben. Die Entscheidung aus Olsztyn ist nun eine gute Rücken-deckung“, so der Leiter der Delegation des Deutschen Bundestages, der schleswig-holsteinische Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies (SPD).

Jugendaustausch soll unterstützt werden

Wesentliche Aufgabe des Ostseejugendsekretariates ist es, den Jugendaustausch unter den Ostsee-Anrainern zu fördern und Jugendinitiativen zu unterstützen. Außerdem soll es junge Entscheidungsträger in Foren zusammen-

segeln erschwert und bisweilen in der Fortsetzung gefährdet haben. Unterstrichen wurde gleichfalls die Notwendigkeit, den Dialog und die Zusammenarbeit im kulturellen Sektor und der Kreativwirtschaft zu stärken.



Franz Thönnies



Franz Thönnies mit den Delegierten des Landtages Schleswig-Holstein. (v.l.n.r.): Angelika Beer, Piraten / Bernd Voss, Grüne / Jette Waldinger-Thiering, SSW / Dr. Ekkehard Klug, FDP / Astrid Damerow, CDU / Bernd Heinemann, SPD / Franz Thönnies

Der Antrag der deutschen Delegationen aus dem Deutschen Bundestag und den Landtagen von Mecklenburg-Vorpommern sowie Schleswig-Holstein ist einstimmig angenommen worden.

Alle ziehen an einem Strang!

„Wir haben alle für diese Unterstützung kräftig geworben, denn die Fortsetzung der Arbeit des seit 1999 in Kiel beim Landesjugendring angesiedelten Ostseejugendsekretariates ist gefährdet, nachdem sich inzwischen leider sowohl der Bund als auch einige andere Ostsee-Nationen aus der Finanzierung zurückgezogen ha-

zubringen und mit Expertenwissen zur Verfügung stehen. Dies gilt auch für die Organisation des Ostseejugendforums, das im Rahmen der Kieler Woche im Juni 2014 stattfand.

Bewahrung vom maritimen und kulturellen Erbe

Auch fordern die Ostseeparlamentarier die Regierungen der Region auf, das maritime und kulturelle Erbe der Traditionsschifffahrt zu bewahren und zu fördern. Immer wieder ist es in den letzten Jahren zu Regelungen und Vorschriften gekommen, die den privaten Betrieb gerade der alten Traditions-

Termine:

16. Januar 2015, ca. 19 Uhr,
23626 Ratekau:

„Fraktion vor Ort“ zum Thema
Marode Infrastruktur

Die schleswig-holsteinische SPD-Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn lädt gemeinsam mit ihrem Bundestagskollegen Martin Burkert, Vorsitzender des Verkehrsausschusses, zur Diskussion über das Thema Marode Infrastruktur ein. Alle Interessierten sind herzlich willkommen!

Weiterführende Informationen zum genauen Veranstaltungsort und dem Beginn sowie die Möglichkeit zur Anmeldung bis zum **9.1.2015** gibt es im Wahlkreisbüro von Bettina Hagedorn unter Telefon 04521/71611 oder per E-Mail unter bettina.hagedorn@wk.bundestag.de.



Martin Burkert

VORANKÜNDIGUNG:

**12. Februar 2015, Ort und Zeit
stehen noch nicht fest:**

„Fraktion vor Ort“: Sterbehilfe

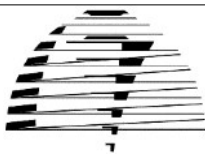
Die schleswig-holsteinische SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Birgit Malecha-Nissen und ihre Bundestagskollegin Eva Högl laden zur Diskussionsveranstaltung über das Thema Sterbehilfe ein. Alle Interessierten sind herzlich willkommen!

Informationen zum genauen Veranstaltungsort und zum Beginn der Veranstaltung sowie die Möglichkeit zur Anmeldung sind über das Wahlkreisbüro von Dr. Birgit Malecha-Nissen, Telefon 04522/7656060 oder per E-Mail unter birgit.malecha-nissen.mdb@bundestag.de.



Eva Högl

 **Der
Norden –
stark
in Berlin!**



SPD - Die Garantie für ein besseres BAföG

Von Dr. Ernst Dieter Rossmann

Seit Willy Brandt 1971 in der sozialliberalen Koalition das BAföG als Beitrag zur Chancengleichheit in der Bildung eingeführt hat, haben bis heute über vier Millionen junge Menschen davon profitiert. Heute noch sagen 80 Prozent der BAföG-Empfänger, dass sie sich ohne diese staatliche Unterstützung kein Studium hätten leisten können. Deshalb war uns in den Verhandlungen innerhalb der Großen Koalition wichtig, für dieses ursozialdemokratische Gesetz – von dem auch 30.000 Schüler/-innen und Studierende in Schleswig-Holstein profitieren – weitere substanzielle und strukturelle Verbesserungen durchzusetzen.

So übernimmt der Bund ab dem 1. Januar 2015 die kompletten Kosten für das BAföG und entlastet somit die Länder um 1,17 Milliarden Euro im Jahr. Dieses Geld wird frei für die Unterstützung anderer Bildungsaufgaben. Schleswig-Holstein wird um mindestens 36 Millionen Euro pro Jahr entlastet und hat vorbildlich erste Schritte eingeleitet für mehr Lehrerinnen und Lehrer in den Schulen. Das ist eine große Leistung.

Darüber hinaus stellt der Bund ab dem Schuljahr und dem Wintersemester 2016/2017 zusätzlich ein Gesamtvolumen von 825 Millionen Euro jährlich zur Verfügung, um die BAföG-Leistungen zu verbessern. Geplant sind die Anhebung der Freibeträge und der Bedarfssätze um sieben Prozent, die Erhöhung des Wohnzuschlags von 224 auf 250 Euro und der Anstieg der Grenzen für den Hinzuverdienst von 400 auf 450 Euro monatlich. Gleichzeitig wird der Freibetrag für das Vermögen der BAföG-Bezieher von 5.200 auf 7.500 Euro angehoben und der Kinderbetreuungszuschlag steigt von 113 Euro bzw. 80 Euro einheitlich für jedes Kind auf 130 Euro.

Breitere Förderung durch BAföG kommt auch in Schleswig-Holstein an

Das sind wirklich substanzielle Verbesserungen, die sich sehen lassen können. Der Höchstsatz an Förderung steigt von 670 auf 735 Euro und für nicht im Elternhaus Wohnende auf fast 1.000 Euro.

Durch die Anhebung der Freibeträge wird im Jahr 2016/2017 der Kreis der Geförderten um 110.000 Studierende und Schüler/-innen ausgeweitet. So profitieren auch Mittelstandsfamilien vom BAföG, gerade auch in Schleswig-Holstein mit seiner unterdurchschnittlichen Einkommensstruktur.

Auch strukturelle Veränderungen geplant

Weitere Verbesserungen sind eher struktureller Art. So schließen wir die Förderlücke zwischen Bachelor und Master und führen eine bundesweite, elektronische Antragstellung ein. Wir setzen uns für eine bessere Bedarfsdeckung bei Abschlagszahlungen und andere Schritte zur Entbürokratisierung wie beispielsweise den Wegfall des Leistungsnachweises nach dem dritten Fachsemester ein.

Die SPD hatte sich ein früheres Inkrafttreten der Verbesserungen als das Wintersemester 2016/2017 gewünscht. Das war aber mit der CDU/CSU nicht zu machen. Trotzdem ist das Ergebnis ein großer Erfolg. Es bestätigt sich einmal mehr: Wenn die SPD (mit-)regiert, geht es dem BAföG besser.

Wunsch nach Weiterentwicklung der Aus- und Weiterbildungsfinanzierung

Perspektivisch wünschen wir uns eine Weiterentwicklung der Aus- und Weiterbildungsfinanzierung vor dem Hintergrund von veränderten Erwerbsbiografien und dem Leitbild des lebensbegleitenden Lernens. Die Unterstützung von berufsbegleitenden und Teilzeitstudien sowie die Durchlässigkeit zwischen berufsbildenden und akademischen Ausbildungsgängen gilt es stärker zu berücksichtigen. Die SPD-Bundestagsfraktion wird hierzu in den nächsten Jahren neue Konzepte entwickeln.

Schließlich wollen wir unseren guten Ruf verteidigen: Wir sind die deutsche BAföG-Partei, während sich die CDU/CSU immer wieder irritierend zwischen Studiengebühren für alle und Elite-Stipendien für wenige zu verlieren droht. Dagegen können wir selbstbewusst sagen: Die SPD hält Kurs für die Studierenden – in Kiel und auch in Berlin.

Kooperationsverbot wird teilweise abgeschafft – das ist nur der Anfang!

Von Dr. Ernst Dieter Rossmann

Das war uns allen klar: Mit der CDU/CSU als Koalitionspartner würden in vielen Politikfeldern nur hart erkämpfte Kompromisse möglich sein. Das gilt auch für die Bildungs- und Wissenschaftsarchitektur der Zukunft. Hier werden wir mit der Änderung des Artikels 91b im Grundgesetz immerhin ein wichtiges Teilziel erreichen können, nämlich die Möglichkeit der dauerhaften und institutionellen Förderung des Bundes im Bereich der Wissenschaft und der Lehre an den Hochschulen, wo bisher nur zeitlich befristete Projekte möglich waren.



Dr. Ernst Dieter Rossmann

Nach den ersten Schritten in der Grundgesetz-Reform 2006, die unter anderem die Hochschulpakete, das Programm zur exzellenten Lehre an den Hochschulen und die Qualitätsoffensive Lehrerbildung möglich gemacht haben, schaffen wir jetzt den rechtlichen Rahmen zu einer nachhaltigen Stärkung der Hochschulen von Bund und Ländern. Der Bund wird mit mehr Mitteln, wenn er diese denn hat, die Grundfinanzierung der Hochschulen, die gezielte Förderung von speziellen Hochschuleinrichtungen und die Personalausstattung mit wissenschaftlichem Nachwuchs unterstützen können.

Das kann gerade auch für Schleswig-Holstein wichtig werden, engagiert sich Schleswig-Holstein trotz seiner relativ schwachen Finanzkraft doch sehr stark für seine

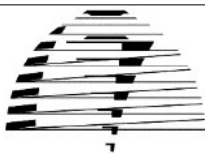
Hochschulen und kann gezielte Unterstützung darüber hinaus sehr gut gebrauchen.

Größere Förderungsbreite in der Hochschullandschaft

Frühere Vorschläge zur Abschaffung des Kooperationsverbots im Wissenschaftsbereich hatten den Fehler, dass sie nur auf die Förderung weniger Spitzenstandorte von internationalem Weltrang abzielten. Die von der SPD und der Koalition nun vereinbarte Änderung macht eine Förderung in der Breite wie in der Spitze der Hochschullandschaft möglich. Sie ermöglicht zudem eine bessere Förderung der engen Zusammenarbeit von außeruniversitären und hochschulischen Forschungseinrichtungen über die ganze Breite von Lehre, Wissenschaft und Forschung. Alle großen Forschungsgemeinschaften sind mit vielen Institutionen in unserem kleinen Land vertreten. Hier werden jegliche Formen der Kooperation jetzt administrativ und finanziell erleichtert.

Dieser gute und große Schritt für Hochschulen und Wissenschaft, für Lehre und Forschung ist für die SPD aber noch nicht die ganze Lösung, weil nach unserer Auffassung das Kooperationsverbot im gesamten Bildungsbereich abgeschafft werden muss. Wir wollen auch im Bereich Schule den Ländern bei nationalen Aufgaben wie Integration und Inklusion, digitale Bildung und Ausbau der Ganztagschulen unter die Arme greifen können.

Dabei sehen wir uns breit unterstützt von einer engagierten und kritischen Öffentlichkeit – von Eltern, Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern, von Gewerkschaften und Wirtschaft, von Fachverbänden und Wissenschaft. Die SPD wird dieses gemeinsame Ziel nicht aufgeben. Wir müssen aber erkennen, dass wir für mehr gegenwärtig noch keine 2/3 Mehrheit im Bundestag und Bundesrat finden können. Der aktuelle Gesetzentwurf markiert deshalb für uns einen wichtigen weiteren Schritt nach vorn, aber noch nicht das Ende unserer Ziele und Anstrengungen für die Bildungs- und Wissenschaftsgesellschaft der Zukunft.



Wie steht es um unser Völkerrecht?

Von Dr. Nina Scheer

Die Konflikte in der Welt mehren sich. Im letzten Jahr zählten Konfliktforscher 20 Kriege. Nur in 2011 wurde diese seit 1945 höchste Zahl bereits einmal erreicht. Die Krisengebiete liegen hauptsächlich im Mittleren und Nahen Osten sowie in Afrika südlich der Sahara. Dabei nehmen die innerstaatlichen kriegesischen Auseinandersetzungen zu: Es mangelt in den betreffenden Regionen an staatlicher Stabilität.

Destabilitäten können zu barbarischen Zuständen führen, fernab jedweden Wertegerüsts. Dies zeigen die jüngsten Entwicklungen im Nordirak und in Syrien. Hierbei sind die Verantwortlichkeiten breit gestreut: Es wäre verfehlt, isoliert auf die IS-Terrormiliz zu blicken; bereits die Tatsache, dass die grausam hingerichteten Terroropfer orangefarbene Anzüge trugen, zeigt eine Verknüpfung zu Guantanamo – dem Foltergefängnis der USA, der wir uns nicht verschließen sollten. Selbst wenn es heute unsere vordringliche Aufgabe ist, den durch Radikalisierte verursachten Terror zu stoppen, werden wir perspektivisch eine Ausbreitung des Terrors nur verhindern können, wenn Ursprünge und Entwicklungspfade benannt werden sowie denselben entgegen gewirkt wird.

Zielvorgabe: VN-Völkerrecht

Ein gemeinsamer Nenner, gleichsam einer Legitimationsgrundlage, kann hierfür nur ein allgemeingültiges Wertegerüst, mithin internationales Völkerrecht sein. Ein solches Wertegerüst liegt in der Charta bzw. dem Gründungsvertrag der Vereinten Nationen (VN) – mit heute 193 Mitgliedstaaten, die am 24. Oktober 1945 in Kraft trat und seine Mitglieder mit der Vertragsratifizierung bindet. Hiermit haben die VN beschlossen, zur Erreichung von Zielen zusammenzuwirken, zu denen nach Kapitel I Art. 1 VN-Charta zählt:

„[...] künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren [...], unseren Glauben an die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit, an die Gleichbe-

rechtigung von Mann und Frau sowie von allen Nationen, ob groß oder klein, erneut zu bekräftigen, Bedingungen zu schaffen, unter denen Gerechtigkeit und die Achtung vor den Verpflichtungen aus Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts gewahrt werden können, den sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit zu fördern, und für diese Zwecke Duldsamkeit zu üben und als gute Nachbarn in Frieden miteinander zu leben, unsere Kräfte zu vereinen, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren, Grundsätze anzunehmen und Verfahren einzuführen, die gewährleisten, daß Waffengewalt nur noch im gemeinsamen Interesse angewendet wird, und internationale Einrichtungen in Anspruch zu nehmen, um den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt aller Völker zu fördern [...]“.

Was aber passiert, wenn völkerrechtliche Ziele nicht mehr gemeinsam verfolgt werden?

Am Beispiel des IS-Terrors ist festzustellen, dass die VN nicht zur Konfliktlösung herangezogen wurden. Möglicherweise stimmt die verbreitete Einschätzung, dass VN-Friedenstruppen weder mit Blick auf eine dahingehende Beschlusslage von Seiten des VN-Sicherheitsrates noch der Ausstattung und des Umfangs nach in der Lage wären, vor Ort friedenssichernd zu wirken.

Aber welche Konsequenzen sollten daraus gezogen werden? Sollte aus eben dieser Erkenntnis nicht zwingend folgen, die VN in die sowohl politische als auch militärische Lage der sofortigen Handlungsfähigkeit zu versetzen und eben dies politisch zu verfolgen?

Für eine nachhaltige und auf gemeinsame Rechtsgrundlagen verweisende Friedenssicherung ist es unerlässlich, den Boden des Völkerrechts nicht zu verlassen, sondern ihn zu stärken. Andernfalls droht der Völkergemeinschaft das gemeinsame Recht verloren zu gehen – mangels Anwendung oder durch vermeintlich mangelnde Bindungswirkung. Anstelle von Völkerrecht treten andere Prinzi-



Dr. Nina Scheer, Quelle:
Joachim E. Roettgers

pien oder Kooperationen; bestenfalls Staatenbünde, die sich am Recht der VN orientieren. Aber selbst hier stellt sich die Frage der völkerrechtlichen Legitimität – ist es doch in der Hand des betreffenden Staatenbundes über den für ihn geltenden Rechtsrahmen zu befinden. Wenn Staaten oder Staatenbünde etwa über die Vergabe von Waffen an Dritte entscheiden, vermittelt dies aus der Perspektive der betroffenen Menschen nicht zwingend völkerrechtliche Legitimität, zumal dann nicht, wenn Waffen in Hände geraten, die selbst Inhumanität erzeugen.

Auch Einzelfälle werden unweigerlich Staaten zugerechnet, die solches Verhalten begünstigt oder ermöglicht haben. Die Wertegemeinschaft ist für die betroffenen Menschen dann nicht mehr identifizierbar und hat für die betreffenden (jungen) Menschen die Orientierungsfunktion verloren. Auf dem Entwicklungspfad krisenspezifischer Staatenbünde wird die Bedeutung der VN als friedenssichernde Gemeinschaft zwangsläufig in den Hintergrund gedrängt.

Die Antwort auf eine Hilflosigkeit der VN-Völkergemeinschaft im Umgang mit den sich ausbreitenden Konflikten bedarf einer Kehrtwende: Der Schlüssel für Frieden kann nur in einer starken und somit zu stärkenden Völkergemeinschaft liegen und nicht darin, sie aus zeitlichen Zugzwängen oder politischen "Zwängen" durch „rechtsfreie“ Staatenbünde oder Allianzen von Willigen zu ersetzen. Die VN in der Annahme zu übergehen, sie könne die Konflikte nicht lösen, wird zwangsläufig zu einer Marginalisierung der völkerrechtlichen Wertegemeinschaft und damit auch des Völkerrechts insgesamt führen. Das dürfen wir weder verantworten noch zulassen!

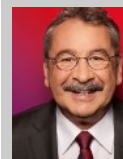
Termine:

20. November 2014, 18:30 Uhr,
Peter-Rantzau-Haus,
Manfred-Samus-Str. 9,
Ahrensburg:

„Fraktion vor Ort“: Sicherer Umgang mit Daten – ein Standortvorteil für unsere Unternehmen

Die schleswig-holsteinische SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Nina Scheer lädt gemeinsam mit ihrem Bundestagskollegen Gerold Reichenbach zur Diskussion über den sicheren Umgang mit Daten ein. Alle Interessierten sind herzlich willkommen!

Um Anmeldung wird bis zum **17.11.2014** gebeten im Bundestagsbüro von Dr. Nina Scheer, Telefon 030/227-73537 oder per E-Mail an nina.scheer@bundestag.de.



Gerold
Reichenbach

**8. Dezember 2014, 15-17 Uhr,
Marli-Hof, Wesloer Landstraße
5, 23566 Lübeck:**

„Fraktion vor Ort“: Barrierefreier Tourismus

Die schleswig-holsteinische SPD-Bundestagsabgeordnete Gabriele Hiller-Ohm lädt zur Diskussion über barrierefreien Tourismus in den Marli-Hof nach Lübeck ein. Alle Interessierten sind herzlich willkommen!

Weiterführende Informationen sowie die Anmeldung können über das Bundestagsbüro von Gabriele Hiller-Ohm, Telefon 030/227-73514 oder per E-Mail unter gabriele.hiller-ohm@bundestag.de erfolgen.



Gabriele Hiller-Ohm



Weg vom Tellerwäscher-Image! Mehr Fachkräfte für Gastgewerbe und Reisebranche gewinnen

Von Gabriele Hiller-Ohm

„Volle Fachkraft voraus! Für eine bessere Ausbildung in der Tourismusbranche!“ – zu diesem wichtigen Thema hatte ich Fachleute aus der Tourismusbranche nach Berlin eingeladen. Gerade im Gastgewerbe haben wir sehr hohe Vertragslösungsquoten. Zum Beispiel hört jede zweite angehende Köchin oder jeder zweite angehende Koch mit der Ausbildung in seinem Betrieb vor dem Abschluss wieder auf.

(DRV), des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und der Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten (NGG) über die Ausbildungssituation im Tourismusbereich diskutiert.

Das Ergebnis: Die Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen in der Tourismuswirtschaft – und hier vor allem in der Gastronomie und Hotellerie – müssen attraktiver werden. Betriebe, Branchenverbände, Gewerkschaften und Poli-

prozent. Das heißt: Knapp jede/r Zweite beendet die Ausbildung nicht in dem Betrieb, wo sie begonnen wurde. Viele von ihnen wechseln sogar die Branche oder brechen ganz ab.

Schleswig-Holstein lebt vom Tourismus

Dieser Aderlass bei den Fachkräften ist hochproblematisch – auch für Schleswig-Holstein. Denn hier hatten wir im Jahr 2013 rund 25 Millionen Übernachtungen. Aber es sind nicht nur die Übernachtungen: Jede Tagestouristin und jeder Tagestourist gibt zwischen 20 und 35 Euro pro Tag aus: Für Kaffee und Kuchen, Eis essen oder andere Speisen und Getränke. Bei über 100 Millionen Tagesreisen pro Jahr zeigt sich: Dafür brauchen wir eine Menge gut ausgebildetes Personal.

Statistisch leben knapp 150.000 Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner vom Tourismus. Der Tourismus ist also ein wirtschaftliches Schwergewicht zwischen Nord- und Ostsee. Deshalb müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um das hohe Niveau im Tourismus zu halten.

Warum wollen immer weniger junge Menschen im Gastgewerbe eine Ausbildung beginnen?

Dafür gibt es viele Gründe, das besagen Umfragen und das ha-

ben auch die meisten Expertinnen und Experten beim Workshop bestätigt. Hauptursache sind schlechte Ausbildungsvergütungen, fehlende Übernahme nach der Ausbildung, ausbildungsfremde Arbeiten, unattraktive Arbeitszeiten und manchmal auch ein schlechtes Betriebsklima.

Wir brauchen deshalb eine qualitativ hochwertige Ausbildung, gute Ausbildungsvergütungen, faire Arbeitszeiten sowie eine Perspektive auf Übernahme und einen Lohn nach dem Berufsabschluss, von dem man leben kann.

Viele junge Leute haben mit Problemen im Rahmen der Ausbildung zu kämpfen. Vertrauliche und neutrale Ansprechpartner wie IHK-Ausbildungsberater und -beraterinnen sind dafür wichtig, um Probleme zu lösen. Sie sind aber bei vielen Auszubildenden noch zu unbekannt.

Imagekampagne für den Tourismussektor braucht Vorbedingungen

Das Handwerk hat es vorge-macht, wie man Menschen für eine Ausbildung motivieren kann. Mit einer Imagekampagne könnte bei vielen jungen Menschen ein Umdenken einsetzen oder Interesse für das Gastgewerbe geweckt werden.

Eine solche Kampagne setzt jedoch deutliche Verbesserungen für die Auszubildenden voraus.



(v.l.n.r.) Dr. Ulrike Regele, Andreas Truglia, Natalie Goern, Gabriele Baumgarten-Heinke, Janine Kucharzewski, Dr. Swen Hildebrandt, Prof. Dr. Frank Schaal, Dirk Dunkelberg, Carsten Benjamin Plank, Benjamin Krautschat, Nadine Boltersdorf, Stefan Zierke MdB, Gabriele Hiller-Ohm MdB, Willi Brase MdB

Der Tourismus hat besonders für Schleswig-Holstein einen hohen Stellenwert. Wir brauchen deshalb gut qualifizierte Fachkräfte, wenn wir den Anforderungen der Gäste auch zukünftig gerecht werden wollen. Um dies zu gewährleisten, sind attraktive Arbeitsbedingungen und eine angemessene Entlohnung Voraussetzung.

Wie sieht es in der Branche aus? Besteht Handlungsbedarf?

Um diese Fragen zu klären, haben wir Tourismus- und Bildungspolitiker der SPD zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (DEHOGA), des Deutschen Reiseverbandes

tik wollen gemeinsame Lösungen erarbeiten. Das ist ein gutes Signal.

Die letzte schwarz-gelbe Bundesregierung hat hierzu leider keine Anstrengungen unternommen. Für die Fachkräftesicherung waren das „verlorene Jahre“.

Denn im Tourismus stehen wir gerade im dienstleistungsintensiven Bereich des Hotel- und Gaststättengewerbes vor großen Herausforderungen. Im Gastgewerbe sinkt die Zahl der Auszubildenden deutlich stärker als im Durchschnitt.

Ein Alarmsignal sind die sehr hohen Vertragslösungsquoten – in einigen Berufen bei nahezu 50



Gabriele Hiller-Ohm und Willi Brase MdB



Rückschau auf Termine in Berlin und in den Wahlkreisen

Eine Auswahl an spannenden und interessanten Begegnungen der letzten Monate



Gespräch der Landesgruppe mit dem Vorstand der Deutschen Bahn, (v.l.n.r.) Manuela Herbort (Konzernbevollmächtigte der Bahn für Hamburg und Schleswig-Holstein), Sönke Rix, Bettina Hagedorn, Ingulf Leuschel (Konzernbevollmächtigter der Bahn für Berlin), Dr. Birgit Malecha-Nissen, Rüdiger Grube (Vorstandsvorsitzender der Bahn), Dr. Nina Scheer, Gabriele Hiller-Ohm, Dr. Ernst Dieter Rossmann, Matthias Ilgen

Volles Haus bei der „Fraktion vor Ort“-Veranstaltung von Dr. Nina Scheer in Lauenburg zum Thema „Hochwasserschutz jetzt gemeinsam gestalten“, (v.l.n.r.) Magnus J. K. Wessel (BUND), Dr. Nina Scheer MdB, Hiltrud Lotze MdB, Robert Habeck (Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein)



Bei einem Tag der Offenen Tür und einer Einweihungsparty der SPD im Kreis Plön besichtigten die Gäste das neue Parteibüro in der Rautenbergstr. 15 in Plön, (v.l.n.r.) Norbert Maroses, Henning Höppner (Ortsverein Plön-Bösdorf), Lutz Schlünsen (SPD-Kreisverband), Dr. Birgit Malecha-Nissen MdB, Regina Poersch MdL



Der Norderstedter Handwerker Michael Lach (rechts) begleitete Franz Thönnies MdB eine Woche lang als Hospitant in Berlin. Bis Ende Januar 2015 werden weitere Hospitanten aus dem schleswig-holsteinischen Handwerk zu Gast in unserer Landesgruppe sein und den Arbeitsalltag der Abgeordneten hautnah miterleben dürfen.



Besuch des Container-Terminals Altenwerde in Hamburg, (v.l.n.r.): Uwe Köhler, Mitarbeiter der HHLA-Unternehmenskommunikation; Dr. Birgit Malecha-Nissen; Ingo Egloff, Vorstandschef von Hafen Hamburg Marketing e.V.; Kirsten Lühmann, Sprecherin der AG Verkehr der SPD-Bundestagsfraktion und Florian Marten, Leiter der HHLA-Unternehmenskommunikation



Rückschau auf Termine in Berlin und in den Wahlkreisen

Eine Auswahl an spannenden und interessanten Begegnungen der letzten Monate



Eröffnung der Ausstellung „VorBILDER. Sport und Politik vereint gegen Rechtsextremismus“ in Berlin. Bettina Hagedorn (links) mit der Neumünsteraner Leistungsschwimmerin Kristen Bruhn und Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Torsten Albig in der Ausstellung. Im Hintergrund sind die Aufnahmen, die die Fotografen Angelika und Bernd Kohlmeier von beiden gemacht haben, zu sehen.



Treffen mit der Leitung der Regiokliniken zum Thema „Herausforderung demografischer Wandel“: Die Geschäftsführer der Regio Klinik, Angela Bartels und Philipp Schlösser, gemeinsam mit den SPD-Abgeordneten Kai Vogel MdL (1.v.l.), Dr. Ernst Dieter Rossmann (4.v.l.), Beate Raudies MdL (5.v.l.), Hannes Birke, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion Pinneberg (2.v.r.), Hans-Peter Stahl, stellv. Vorsitzender der Kreistagsfraktion (1.v.r.)



SPD setzt Plus für die FUEV (Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen) durch - Kürzungen von Innenminister de Maiziére beim Bund deutscher Nordschleswiger gestoppt, (v.l.n.r.) Hans Heinrich Hansen (Präsident der FUEV), Bettina Hagedorn MdB und Franz Thönnies MdB

Landesgruppengespräch mit Dr. Rüdiger Leidner (links), Vorsitzender der Nationalen Koordinationsstelle Tourismus für Alle e.V., zum Thema „Barrierefreier Tourismus“, (v.l.n.r.) Frau Wild, Dr. Birgit Malecha-Nissen



Treffen mit dem Integrationsverein „Brücken der Kulturen“, (v.l.n.r.) Dr. Ernst Dieter Rossmann MdB, Sezen Atci, Arzu Degirmencioglu und Baris Karabacak



„Fraktion vor Ort“-Veranstaltung von Franz Thönnies und Matthias Ilgen zum Thema „Fracking“ vor rund 140 Gästen in Leezen



Rückschau auf Termine in Berlin und in den Wahlkreisen

Eine Auswahl an spannenden und interessanten Begegnungen der letzten Monate



„Fraktion vor Ort“-Veranstaltung in Tönning mit rund 60 Gästen zum Thema „Zukunft der medizinischen Versorgung an der Westküste“ mit Matthias Ilgen und Dr. Edgar Franke, Vorsitzender des Gesundheitsausschusses des Bundestages.



„Fraktion vor Ort“-Veranstaltung in Lübeck zum Thema „Mindestlohn und Gute Arbeit“, (v.l.n.r.) Lisanne Straka (Abteilungssekretärin für Frauen- und Gleichstellungspolitik des DGB Bezirks Nord), Dr. Matthias Bartke MdB, Gabriele Hiller-Ohm MdB und Joachim Tag (Jobcenter-Geschäftsführer)



Treffen der Küstengang der SPD-Bundestagsfraktion, (v.l.n.r.) Sonja Steffen MdB, Daniel Hosseus (Hauptgeschäftsführer ZDS Seehäfen), Kirsten Lühmann MdB, Dr. Birgit Malecha Nissen MdB und Ingo Egloff, Vorstand Hafen Hamburg Marketing e.V.



Abgeordnetengespräch mit dem Sozialverband Kreis Pinneberg zum Thema „Das Wohl der Menschen steht im Mittelpunkt“: Dr. Ernst Dieter Rossmann MdB (2. v.l.), Andrea Hansen, stellv. SOVD-Kreisvorsitzende (3. v.l.), Siegrid Tenor-Alschausky, stellv. SOVD-Kreisvorsitzende (4. v.l.), Gerard Renner (SOVD-Kreisvorsitzender (5. v.l.), Kai Vogel MdL (6. v.l.), Hans-Peter Stahl, stellv. Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion (7. v.l.)



Rund 40 Gästen diskutierten in Süderlügum bei der „Politik vor Ort“-Veranstaltung von Matthias Ilgen und der SPD-Süderlügum über das Thema „Bedroht Dobrindts CSU-Maut unsere Grenzregion?“

Impressum

Herausgeber:

Dr. Ernst Dieter Rossmann MdB (Sprecher der Landesgruppe Schleswig-Holstein der SPD-Bundestagsfraktion)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Redaktion & Layout:

Sandra Lechelt M.A. (V.i.S.d.P.)
Referentin der Landesgruppe Schleswig-Holstein der SPD-Bundestagsfraktion
Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1,
Paul-Löbe-Haus, Raum 7.144
11011 Berlin
Tel.: 030/227-75318
Fax: 030/227-76817
E-Mail: sh-lg.spd@bundestag.de
Im Internet unter: landesgruppe.edr-pi.de

Korrektur:

Soeren van Heck M.A. (Büro Matthias Ilgen MdB)

Quellenangaben der Abbildungen:

Detlef Eden (S. 6 [Bild von Högl])
Bettina Hagedorn (S. 5 links, 11 [Bilder von Ausstellung & FUEV])
Gabriele Hiller-Ohm (S. 9 beide, 12 [Bild von FvO-Veranstaltung])
Matthias Ilgen (S. 11 [Bild rechts von FvO-Veranstaltung], 12 [3 Bilder von FvO-Veranstaltungen in Tönning und Süderlügum])
Thomas Imo / phototek.net (S. 1)
Susie Knoll (S. 6 [Bild von Burkert])
Susie Knoll / Florian Jänicke (S. 2 [Bilder von Bartels, Lauterbach und Rix], 7, 8 [Bilder von Hiller-Ohm und Reichenbach])
Sandra Lechelt (S. 10 [Bild von Bahngespräch], 11 [Bild von Leidner])
Dr. Birgit Malecha-Nissen (S. 3, 10 [Bilder von Büroeinweihung & Container-Terminal], 12 [Bild der Küstengang])
Mechthild Rawert (S. 4 oben)
Joachim E. Roettgers (S. 2 [Bild von Scheer], 8 [Bild von Scheer])
Dr. Ernst Dieter Rossmann (S. 11 [Bilder von Regiokliniken & Integrationsverein], 12 [Bild vom SOVD])
Dr. Nina Scheer (S. 10 [Bild von FvO-Veranstaltung])
Studio kohlmeier (S. 4 unten, 5 rechts)
Franz Thönnies (S. 6 beide links, 10 [Bild von Michael Lach], 11 [Bild links von FvO-Veranstaltung])